



STVV: 16.12.21 Top: 11 Haushaltsplan Stadt Bensheim 2022 Rede Doris Sterzelmaier

Sehr geehrte Stadtverordnetenvorsteherin,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Im Grundsatz können wir dem Kämmerer beim Haushalt folgen und haben daher nur wenige Änderungsanträge eingebracht. Diese wurden von CDU, SPD und FDP überwiegend abgelehnt. Die Koalition hat selbst viele Änderungen eingebracht und nach ihren Vorstellungen mit ihrer Mehrheit den Haushalt somit nach ihren Zielen ausgerichtet. Trotzdem hat Sie am Ende der Beratung im Ausschuss dem geänderten Haushalt nicht zugestimmt. Das ist unverständlich.

Der Haushaltsentwurf 2022 sieht Steuererhöhungen vor, die dafür sorgen, dass Defizit von 14 auf 9 Mio Euro zu reduzieren. Eine Genehmigung des städtischen Haushaltes durch die Kommunalaufsicht ist damit möglich. Der Kämmerer hatte im Sommer schon einen 10 Punkte Plan zur Konsolidierung vorgelegt und bei der Einbringung dieses Planes eine Liste beigefügt, welche Einsparung, welche Auswirkung hat.

Der Kämmerer hat einen genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf vorgelegt und damit seine Arbeit gemacht. Wer die darin enthaltene Steuererhöhung ablehnt muss benennen, wie er die Haushaltsgenehmigung erreichen will.

Im Frühjahr 2021 haben sie eine Koalition aus CDU, SPD und FDP gebildet und damit ihre Mehrheit gesichert. Damit haben sie maßgeblich die politische Verantwortung für die Stadt übernommen. Wir sind gespannt, ob sie dieser heute gerecht werden.

Zur Erinnerung, von 2016 bis 2020 hat die Stadt laut den Jahresabschlüssen jedes Jahr einen Überschuss erzielt von zusammen über 23 Mio Euro. Die Kreisumlage wurde 3 x in dieser Zeit um insgesamt 2,8 Prozentpunkte gesenkt. Leider ist diese Zeit vorbei und wir haben im Haushaltsplan 2022 ein Defizit zu verkraften. Dies liegt teils begründet in Bereichen, auf denen Sie Stadt keinen Einfluss hat. Die Auswirkungen von Corona, geringere Zuweisungen, Mehr Kosten für die Kinderbetreuung, nachwirkend die

Kompensation der weggefallenen Einnahmen der Straßenbeiträge und Umlageerhöhungen. Eine davon ist die Kreisumlage.

Auch die Politik hat gespart. Alle sechs vertretenen Fraktionen im Haupt- und Finanzausschuss haben gemeinsam und konstruktiv viele Einsparungen vorgenommen. Wir haben 20 Anträge sogar einstimmig beschlossen und den Haushalt um 1,7 Mio Euro verbessert. Aber all das reicht nicht, um auf eine Steuererhöhung verzichten zu können.

Zur Steuererhöhung.

Uns ist klar, sie muss dieses Jahr kommen. Wir wollen aber das Verhältnis ändern und die Grundsteuer weniger stark und dafür die Gewerbesteuer etwas stärker erhöhen. Deswegen wollen wir mit unserem Antrag die Erhöhung sozial verträglicher machen.

Durch die Einsparungen im Ausschuss und der geringeren Kreisumlage, schlagen wir vor, den Hebesatz der Grundsteuer auf nur 590 % statt 640 % zu erhöhen. Die Gewerbesteuer auf 400 % statt 395 %.

Klar ist für uns auch, diese Erhöhungen müssen bei Verbesserung der Haushaltslage nicht beibehalten werden. Dann muss auch eine Senkung folgen. Bensheim hat schon einmal die Gewerbesteuer gesenkt und gezeigt, dass sie den Beitrag der Gewerbetreibenden an der Stadt wertschätzt und nicht mehr an Belastung weitergibt, als notwendig.

Die schon anfangs erwähnten **Änderungen der Koalition haben dem Haushalt** eine andere Ausrichtung gegeben. Weniger Klimaschutz und weniger sozial. Einige ihrer Änderungen können wir daher nicht mittragen. Da unterscheiden sich unsere Zielsetzungen deutlich.

Beispielweise halten wir eine Erhöhung der KITA Gebühren um 63.000,-- Euro im gleichen Jahr der Grundsteuererhöhung und der Belastung durch die Pandemie für nicht sozial und zumutbar. Die Grundsteuererhöhung kann auf die Mieten umgelegt werden und das trifft oft Familien und sozial Schwächere. Wir sehen die soziale Verantwortung hier größer und können dem nicht zustimmen.

Ebenso bedauern wir die Streichung der Mittel für eine Jugendsozialarbeit. Ein Streetworker als Vermittler und Ansprechpartner zwischen der Jugend und den Erwachsene, hätte der Stadt gut getan und auch präventiv wirken können.

Beim Klimaschutz und Naturschutz sparen sie besonders.

Gestrichen wurde beim Klimaschutz die Machbarkeitsstudie Tiefengeothermie, obwohl wir gerade im November die Zahlen zum Ausbaustand der Klimaziele der Stadt bekommen haben. Da steht, dass die

Stadt 5 MW Stromleistung aus Tiefengeothermie benötigt, um die Klimaziele zu erreichen. Wir haben einen Masterplan Klimaschutz und sind seit 2014 Modellkommune für den Klimaschutz. Das wird im Haushalt für uns nicht ausreichend abgebildet.

Öffentlichkeitswirksame Projekte für Natur- und Artenschutz wurden gestrichen, so der Wettbewerb bienenfreundliche Gärten und die Bienenhotels und die Mitmachaktion Gebäudebrüter.

Auch der Klimaschutztag 2022 wurde von Ihnen komplett gestrichen, obwohl dieser mit 38.500,- Euro vom Land bezuschusst wird.

Die Inventur und Sanierung der Schutzhütten wurde gestrichen

Ja, wir haben gesehen die Streichung der Potentialanalyse für die Ausgleichsfächen haben sie wieder zurückgenommen.

Aber wir bedauern auch, dass unser Antrag, die Mittel für das Förderprogramm Klimaschutz wieder zu verdoppeln, keine Mehrheit fand.

Auch unser gemeinsamer Antrag mit BfB und FWG, die weitere Ausweisung von Naturschutzgebieten prüfen zu lassen, haben sie abgelehnt mit der Begründung, kein Bedarf. Dazu später mehr unter Top 13.

Sicher muss man nicht alles wünschenswerte machen, aber ich habe hiermit deutlich machen wollen, dass uns alle diese Streichungen beim Klimaschutz in der Summe zu weit gehen.

Die Klimakrise kann nicht gestrichen oder verschoben werden. Sie ist da. Wir müssen gegensteuern und viel mehr machen, nicht weniger. Dies besser gestern, als heute.

Dazu gehört auch die **Verkehrswende**. Wir sind überzeugt, dass die von der Koalition im Sommer 2021 beschlossene **Abschaffung der Parkgebühren** auf Straßen in der Innenstadt falsch ist. Abgesehen vom völlig falschen Signal an die Bevölkerung, wurde damit auf jährliche Einnahmen verzichtet, die unserem Haushalt langfristig gut täten. So war es übrigens auch im Haushaltskonsolidierungskonzept 2016 beschlossen worden, vielleicht kommen wir da ja wieder hin.

Bei den Steuern schauen sie derzeit gerne nach Heppenheim. Dann schauen sie auch beim Parken dort hin. Dort ist der öffentliche Parkraum gebührenpflichtig.

Wir hatten im Finanzausschuss einen Antrag zu Parkgebühren gestellt, der fand leider keine Mehrheit. Wir einigten uns auf eine Anfrage für Februar, die gesamten Kosten der Stadt für den innerstädtischen Parkraum darstellen zu lassen. Gebührenhaushalte sollen ja normal ausgeglichen sein. Wir sind gespannt, mit wie viel Geld das Auto in der Innenstadt bezuschusst wird.

Der ÖPNV ist auch ein Beispiel, der zur Verkehrswende beitragen muss. Weniger Individualverkehr mit fossilen Brennstoff-Motoren ist das Gebot der Stunde.

Daher begrüßen wir die neue Stadtbuslinie am Berliner Ring. Diese wurde beschlossen, bevor sich CDU, SPD und FDP 2021 gefunden hatten. Jetzt will die Koalition die Mittel für die Öffentlichkeitswerbung beim ÖPNV kürzen und hoffentlich nicht nach 2 Jahren diese Buslinie evaluieren. Dies wurde auf unseren Wunsch hin wieder zurückgenommen. Gerade ein neues Produkt wird normalerweise erst gut beworben und 2 Jahre ist vor allem in Coronazeiten viel zu kurz für eine Neuentscheidung.

Wir befürchten, dass diese Stadtbuslinie mittelfristig wieder abgeschafft werden soll oder in kleinerer Form mit Mittel Dritter verkürzt wird. Zusätzlich streichen Sie noch pauschal 50.000,-- Euro beim ÖPNV, ohne konkret sagen zu können, wo, und schätzen, dass dieses Geld nicht gebraucht werde. Da können wir nicht zustimmen.

Thema sozialer Wohnungsbau. Die Verwaltung hat auf unsere Fragen mitgeteilt, dass die städtischen Grundstücke für Mehrfamilienhäuser im Baugebiet Fehlheim nicht verkauft werden sollen. Vielmehr sollen diese in Erbpacht für Sozialwohnungen genutzt werden.

Dies halten wir für richtig. Damit lassen sich laufende Erträge durch den Erbpachtzins erzielen und es werden die dringend benötigten Sozialwohnungen geschaffen.

Sie wollen, dass die Grundstücke verkauft werden. Dem stimmen wir nicht zu. Der Erlös geht zudem allein in den Finanzhaushalt und der ist gerade nicht unser Problem.

Auch der Streichung von 200.000,-- Euro im Haushalt für den sozialen Wohnungsbau, können wir nicht zustimmen.

Den Antrag der BfB pauschal Immobilien zu verkaufen, um den Haushalt kurzfristig aufzustocken stimmen wir auch nicht zu. Zukunftsführender wäre es, die Immobilien zu vermieten und zu langfristigen Einnahmequellen umzustrukturieren.

Aufpassen, wo wir sparen. Es ist nicht richtig die gute Infrastruktur aufzugeben und die Attraktivität Bensheims durch massive Streichungen deutlich zu verschlechtern. Der soziale Friede ist auch durch unseren Wohlstand und den Nutzen der öffentlichen Daseinsvorsorge gesichert und soll nicht durch weitere Belastungen der sozial Schwächeren gefährdet oder kaputt gespart werden. Sparen bei nötigen Investitionen bedeutet eine Verschiebung der Kosten in die Zukunft. Das ist nicht generationengerecht. Daher lehnen wir den Antrag der FWG, auf Streichung der Planungskosten für die Sanierung der Weststadthalle ab.

Es gilt, die Stadt muss handlungsfähig bleiben und dazu brauchen wir einen genehmigungsfähigen Haushalt. Sonst laufen wir Gefahr in eine vorläufige Haushaltssperre zu geraten. Dies bedeutet Stillstand für die Stadtentwicklung.

Verbesserung des Haushalts, daran wollen wir arbeiten, um wieder stabile Haushalte zu bekommen. Eine Neuauflage zur **Haushaltskonsolidierung** ist daher richtig. Bis 2016 gab es schon einmal ein Konsolidierungskonzept. Über 40 Zielsetzungen und Prüfaufträge gab es und viele Einsparungen wurden erreicht.

Wir haben zum Antrag der Koalition weitere Vorschläge zur Konsolidierung gemacht und stellen heute einen gemeinsamen Antrag. Im Sommer 2022 sollen die Prüfergebnisse vorgelegt werden. Das ist rechtzeitig für die Beratungen zum HH 2023.

Zum Stellenplan

Wir sehen, dass die Anzahl der Beschäftigten im Rathaus stetig steigt. Hatten wir 2020 noch 157 Beschäftigte so ist der Vorschlag für 2022 auf 170 gestiegen. Sicher gibt es neue Aufgaben, dafür reduzieren sich andere. Die Digitalisierung soll Entlastung und Zeitersparnis bringen. Wir erwarten auch eine Effizienz in Arbeitsabläufen und Strukturen, die nicht zu weiteren Personalsteigerungen führt. Die finanzielle Situation der Stadt hat sich aktuell verschlechtert, dies war im Sommer schon bekannt. Genau in diesen Zeiten verbietet sich aus unserer Sicht ein Personalaufbau. Ja, es ist schwierig und manche Stellen, wie z.B die bei der Feuerwehr sind mit zusätzlichen Aufgaben begründet und dem haben wir auch zugestimmt. Wir stellen aber allgemein zu wenig Sparerfolge fest. Daher werden wir uns beim Stellenplan enthalten.

Pauschalanträge der BfB mit einer Deckelung der Kosten für mehrere Jahre, ohne die Tarifierhöhungen zu berücksichtigen sind nicht umsetzbar und lehnen wir ab.

Ich komme langsam zum Schluss.

Wenn ich nach Berlin schaue und zur Ampelkoalition, die für einen Aufbruch und eine neue moderne Zukunft wirbt, so wünsche ich mir dieses auch für Bensheim.

Lassen sie uns den Klimaschutz gemeinsam ernst nehmen und dies priorisieren. Dies ist kein Luxus, den wir einfach schnell einsparen könnten.

Lassen sie uns mit der Umsetzung auch den städtischen Haushalt entlasten.

Beispiel: Mehr eigene PV Anlagen mehr eigener Strom und damit sinkende Stromkosten. Die MEGB beim Parkhaus Platanenallee hat es gestern in der Presse gezeigt. Endlich wurde die uns seit Jahren zugesagte PV Anlage verwirklicht und sie ist ein Erfolgsmodell.

Es ist bald Weihnachten und alle dürfen sich was wünschen. Zum Dauerthema Innenstadt wünsche ich mir, dass wir hier vorankommen. Es geht nicht nur um den Marktplatz, es geht um die ganze Innenstadt. Wir brauchen hier gute und auch

umsetzbare Lösungsvorschläge. Handlungsfelder gibt es mit dem Marktplatz, Dem Krämereck, dem Neumarkt, dem Hoffartgelände, dem Heilig Geist Gelände, der Brache neben der Sparkasse und auch der verwaisten Rodensteinschule genug. Gemeinsam und im guten Dialog von Opposition, Koalition, Bürgermeisterin und Schritt für Schritt muss es möglich sein, hier Bensheim voran zu bringen. Sie ahnen es, wir GRÜNE sind gerne bereit, einem städtischen Haushalt zuzustimmen, wie schon so oft, wenn wir uns darin wiederfinden. Durch die vielen Änderungen denen wir nicht zustimmen können und fehlende Unterstützung bei unseren Anträgen, können wir dieses Jahr dem Haushalt nicht zustimmen. Dem geänderten Haushaltskonsolidierungskonzept stimmen wir zu. Das Investitionsprogramm werden wir ablehnen und uns beim Stellenplan enthalten.

Ganz zum Ende meiner Rede danken wir der Verwaltung für die gute Arbeit. Ganz besonders geht der Dank an unseren Kämmerer und seinem Team Finanzen für die Erstellung des Haushalts 2022.